

## Volle Devisenzuteilung

Die Reichsbank teilte heute die angeforderten Devisen voll zu. In Dresden wurden deshalb die Notierungen heute ausgesetzt. Wir erhalten folgenden Bericht:

\* Berlin, 20. September.

Nach dem ruhigen Verlaufe, den das Geschäft am Devisenmarkt im Vormittagsverkehr aufwies, hatte wohl mit Ausnahme der eingeweihten Kreise niemand erwartet, daß der heutige Tag die größte Sensation bringen würde, die man bisher auf dem wechselvollen Devisenmarkt feststellen konnte. Sehr große Überraschung, ja in manchen Kreisen fraglos große

Bestürzung,

erregte bei der Festsetzung der ersten Notiz, d. h. für London, die Ankündigung vom Maklertisch, daß auf den angemeldeten Bedarf eine

volle Zuteilung

erfolgt.

Da auch heute die Anforderungen zu den amtlichen Notierungen immerhin recht erheblich sind und hinter denen des Vortages nicht zurückbleiben, sind die Ansprüche, die somit an die Reichsbank gestellt wurden, doch sehr erheblich. Allerdings findet die Reichsbank bei ihrem immerhin nicht geringen Einsatz eine sehr starke Unterstützung in der außerordentlichen Geldknappheit, die auch heute keineswegs überwinden ist. Da bei der vollen Zuteilung von den Devisenklüffern doch ganz ungeheure Summen aufgebracht werden müssen und somit die Geldknappheit nur noch verschärft wird, bleibt abzuwarten, wie der Devisenmarkt sich weiter entwickeln wird und ob tatsächlich, wie man wohl annehmen darf, nunmehr zur Entlastung in großem Umfange Material an den Markt kommen wird.

Zunächst war während der amtlichen Notierungen von einem größeren Angebot noch nichts zu bemerken. Abgaben in englischen Pfunden, auch in Auszahlung London, erfolgten nicht, und auch in Auszahlung Amsterdam nur in kaum nennenswertem Maße. Im weiteren Verlaufe war jedoch in einer ganzen Reihe von Devisen ein stärkeres Angebot

festzustellen, besonders aber in Kabel New York, denn hier kamen schätzungsweise etwa 125 000 bis 130 000 \$ an den Markt. Die Kursfestsetzung erfolgte im wesentlichen auf Basis der gestrigen amtlichen Notierungen. Kabel New York stellten sich auf 192, London auf 825 Millionen.

Im weiteren Verlaufe der Notierungen kam stärkeres Angebot besonders in Prag heraus. Anscheinend waren aber auch in dieser Valuta die Anforderungen zum amtlichen Kurse sehr erheblich. Eine Repartierung erfolgte heute nur in Auszahlung Paris, auf das 50 Proz. zuteilt wurden.

Nach Feststellung der amtlichen Kurse war die Umsatztätigkeit nur sehr gering. Allgemein herrschte größere Zurückhaltung in Erwartung der weiteren Entwicklung, jedoch hielten sich die Kurse immer wesentlich unter den amtlichen. Für London wurde zeitweilig ein Kurs von 700 Millionen Geld und 750 Millionen Brief genannt, das sind etwa 150 Millionen Geld und 166 Millionen Brief für den Dollar. Später erfolgten kleinere Schwankungen zu 750 Millionen für das Pfund.

Am Notizenmarkt wurde der angeforderte Bedarf ebenfalls voll befriedigt.

Keine Kursfeststellung in Dresden

\* hr Dresden, 20. September.

An der Dresdner Börse konnte heute weder für tschechische Noten noch für Wiener Noten ein amtlicher Kurs festgestellt werden, da die volle Zuteilung der Devisen an der Berliner Börse so rasch erschienen ließ, die Weiterentwicklung der Dinge abzuwarten, zumal zwischen dem Briefkurs und dem Geldkurs sowohl für Tschechnoten als auch für Wiener Noten heute eine viel zu große Spannung lag, um eine amtliche Notierung rechtfertigen zu können.

In seiner ersten Rede als Minister hatte Hilferding erklärt, daß es eine Hauptaufgabe der Regierung sei, den Devisenmarkt zu beherrschen. Es geschah jedoch nichts, was einer Erfüllung dieser Aufgabe ähnlich gesehen hätte. Der Grund dafür war, wie an dieser Stelle oft betont, in der Meinungsverschiedenheit zwischen Reichsregierung und Reichsbank. Deshalb hatte Hilferding ja auch von einem Primat des Staates gesprochen. Nur eine Meinung sollte gelten, und zwar in diesem Falle die Meinung der Reichsregierung. Havenstein, dessen Rücktritt von der Leitung der Reichsbank damals stürmisch gefordert wurde, erklärte kurz nach der Hilferding'schen Rede, daß er nicht zurücktrete, sich aber den Sanierungswünschen der Regierung unterordnen wolle. Aber diese Genügsamkeit stand zunächst nur auf dem Papier. Erst jetzt, wo man in absehbarer Zeit an eine Reorganisation der Reichsbank herangehen will, scheint sich das Primat des Staates durchzusetzen zu haben. Schon die Diskontenerhöhung wies darauf hin. Hatte sich doch die Reichsbankleitung bisher immer gegen diese Maßnahme gestäubt, wobei sie für ihren Standpunkt mit der ihr angeblich obliegende Pflicht, die Wirtschaft in Gang zu halten, dann die hindernden Bestimmungen des Bankgesetzes ins Treffen führte. Aber trotzdem die Notwendigkeit, die Wirtschaft in Gang zu halten, heute mehr denn je besteht und auch das Bankgesetz nicht abgeändert worden ist, wurde der offizielle Diskontsatzung- und klanglos auf 90 Prozent erhöht. Die Reichsbankleitung verzichtete sogar auf die Rede, die sie sonst bei derartigen wichtigen Anlässen vor dem Zentralausschuß der Reichsbank hielt. Ja man hat wohl sogar darauf verzichtet, dem Zentralausschuß überhaupt zu fragen.

Die heutige Intervention der Reichsbank auf dem Devisenmarkt scheint keinen Zweifel mehr übrig zu lassen, daß hinter diesen Maßnahmen die Reichsregierung steht. Der Gedankengang ist unstrittig der: Nachdem durch die Diskont-

erhöhung der Geldmarkt weiter verknappert worden ist — an der gestrigen Börse wurden für tägliches Geld bekanntlich bis 18 Proz. gefordert —, teilt man plötzlich die angeforderten Devisenbeiträge voll zu. Die beständigen Repartierungen auf 5 bis 6 Proz. haben es mit sich gebracht, daß Devisen über den Bedarf hinaus angefordert wurden. Zur Bezahlung der zugestellten Beträge sind also möglicherweise Goldmittel erforderlich, die die Zahlungsfähigkeit des einzelnen übersteigen. Andererseits wird er sich das Geld bei der bestehenden Knappheit nicht verschaffen können. Er wird also Devisen, die er heute zugestellt erhalten hat, wieder verkaufen müssen. Es wird ein Angebot an Devisen hervortreten, das die Reichsbank in den Stand

setzt, die heute abgegebenen Devisen wenigstens ohne sonderlichen Verlust, vielleicht sogar mit einem Gewinn, wieder hereinzunehmen.

Wieweit dieser Sobus richtig ist, werden erst die nächsten Tage zeigen. Es wird gespannter Aufmerksamkeit von Seiten der Reichsbank bedürfen, die heutige volle Zuteilung und damit zumindest weitere Verknappung des Geldmarktes auszusöhnen, um einer weiteren Devisenhausse durch entsprechende Geldpolitik einen Riegel vorzusetzen.

Daß die Reichsbank begonnen hat, wieder Geldpolitik zu treiben, geht schon aus dem Anzeiger vom 7. September hervor, den wir in unserer üblichen Tabellenform veröffentlichen.

### Reichsbankausweis vom 7. September

	1923	1922	1921	1920
<b>Aktiva</b>				
Metallbestand	20 196.46	1248.00	1027.94	1 040.4
Banquiers Gold	489.9	20.50	1 094.98	1 023.7
und zwar Kassenbestand	478.58	20.50	—	—
belastetes Auslandsdepot	11.31	—	—	—
Kassenscheine	107 637 595.8	82 961 846.9	23 875.6	3 119.0
Noten auf Banken	36 655.9	4 480.7	4.0	6.1
Wechsel und Schecks	278 420 923.2	113 795 742.6	27 261.8	303.1
Diskont-Schatzanweisung	1571 483 851.0	584 233 367.9	351 765.1	90 892.0
Lombards	8 885 104.9	16 376 258.3	308.5	19.2
Effekten	182 845.1	167 305.2	208.2	266.4
Sonstige Aktiva	870 023 500.7	208 884 059.2	7 816.0	5 950.0
<b>Passiva</b>				
Grundkapital	180	180	180	180
Reservefonds	180.5	127.8	121.4	70
Notenumlaut	1122 033 599.5	362 373.7	90 727.5	1874.4
Reichs- und Staatsguthaben	808 981 298.8	102 768 160.5	8 666.2	2 875.4
Privatguthaben	871 707 905.2	180 796 103.0	41 890.5	6 642.4
Sonstige Passiva	278 410 808.7	178 161 984.8	9 009.6	1 311.3

Dann berichtet das WTB: Die Verschönerung der Lage der Reichsbank machte in der ersten Septemberwoche weitere Fortschritte. Wie der Bankausweis vom 7. d. M. zeigt, erhöhte sich die gesamte Kapitalanlage um 681,8 auf 1850 Billionen Mark. Von der Vermehrung entfielen 584,2 Billionen Mark auf Reichsschatzanweisungen, deren Bestand damit auf 1571,5 Billionen Mark wuchs, und zwar wieder ausschließlich infolge gesteigerter Ansprüche des Reiches. Das Wechselportefeuille hob sich um 113,8 auf 278,4 Billionen Mark. Es handelt sich bei dieser Zunahme zu einem erheblichen Teil um Inkassowechsel und -Schecks, für die also die Reichsbank als kreditgewährende Stelle eigentlich nicht fungiert. Im übrigen um solche ganz kurzfristige Kredite, deren Ueberleitung auf wertbeständige Basis ohne Gefährdung des Wirtschaftslebens, insbesondere ohne Gefährdung der Volksernährung, bei der Kürze der Zeit noch nicht möglich war. Das Lombard-Konto weist diesmal eine Abnahme um 16,4 auf 8,9 Billionen Mark auf, was mit dem Uebergang größerer Darlehensposten auf die Reichsdarlehenskassen zusammenhängt. Die neu beanspruchten Kredite flossen teilweise den fremden Geldern zu, die um 399,6 auf 20,6 Billionen Mark stiegen. Der größere Teil wurde indes der Bank in der Form von Zahlungsmitteln entzogen, da sie nunmehr wieder in der Lage war, dem an sie heranretenden Banknotenbedarf zu genügen. Der Umlauf an Banknoten erfuhr daher eine Vermehrung um 518,8 auf 1122 Billionen Mark. Der Umlauf an Darlehenskassenscheinen ging von 11 auf 10,6 Milliarden Mark zurück.

Der Goldbestand verminderte sich um 20,6 Millionen Goldmark, die im Interesse der Devisenbeschaffung verwendet worden sind. Der Betrag wurde dem Goldkassenbestande der Bank entnommen, der auf 478,6 Millionen Mark zurückging. Das Golddepot im Auslande änderte sich nicht. Der Bestand an Münzen aus unedelm Metall erniedrigte sich um 1,2 auf 19,7 Milliarden Mark.

Die Darlehenskassen des Reiches wurden mit 92,9 Billionen Mark neu in Anspruch genommen, ihre Ausleihungen stiegen auf 107 Billionen Mark. Sie führten einen entsprechenden Betrag an Darlehenskassenscheinen an die Reichsbank ab, so daß deren Bestände an solchen Scheinen auf die gleiche Höhe, nämlich auf 107 Billionen Mark, zunahm.

Der Reichsbankausweis zeigt, wie ja auch aus dem gestern gemeldeten Anzeihen der schwebenden Schuld des Reiches in der ersten Septemberdekade um 1,18 auf 2,38 Milliarden Mark zu ersehen war, eine weitere starke Belastung der Reichsbank durch unverzinsliche Schatzanweisungen. Diese Belastung wird gezeigt haben, in dem wir das Anwachsen der schwebenden Schuld dem Steuerauskommen gegenüberstellen, auch in der nächsten Zukunft kaum eine allzu schnelle Einschränkung erfahren. Es wird alles davon abhängen, wie weit man die Aufwendungen für das Ruhrgebiet wird drosseln können. Erst wenn der Staat durch hypothekarische Belastung des Besitzes für die Goldbank in den Besitz von Gold kommt, wird er die Notenpresse stilllegen und die Reichsbank als Kreditgeberin entbehren können.

Bei Wechseln und Schecks handelt es sich, wie der Bericht des WTB. versichert, zum erheblichen Teil um Wechsel, die der Reichsbank lediglich zum Inkasso gegeben worden sind. An sich aber ist bekannt, daß die Reichsbank diesem Posten ihres Anzeihens seit langem ihre besondere Aufmerksamkeit widmet, und nicht jedes Kreditbegehren, das in Wechselform an sie herantritt, erfüllt. Kommen wir durch die Goldnotenbank zu einer Wertbeständigkeit, so wird sich dieser Posten übrigens aus sich selbst heraus auf das der wirtschaftlichen Notwendigkeit entsprechende Maß zurückführen.

Bemerkenswert ist die Abnahme der Lombards. Die Reichsbank hat anscheinend mit Rücksicht darauf, daß sie Kredit nur mehr wertbeständig werteln will, die nicht wertbeständigen Lombards an die Darlehenskassen abgetrennt. Inzwischen dürfte die Trennung vollständig durchgeführt sein, da die Reichsbank nach der Diskontenerhöhung nur den einbeidlichen Lombardzinsfuß von 10 Proz. kennt, die Darlehenskassen jedoch für wertbeständigen Lombard 10, 20, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100 Proz. berechnen.

Beiläufig sei hier die Zunahme des Postens der Darlehenskassenscheine. Mit anderen Worten: Man wird, wenn man die Reichsbank reorganisieren will, an einem Abbau bzw. Umbau der Darlehenskassen nicht vorbeikönnen. Entbehren wird man sie erst können, wenn sich die erhoffte Wertbeständigkeit als Dauerzustand erwiesen hat. Dann wird die Gewährung von Lombardkredit wieder ausschließlich der Reichsbank zufallen. Bis dahin wird, mehr noch als dem Diskontsatz der Reichsbank, dem Zinssatze der Darlehenskassen für nicht wertbeständigen Kredit die größte Aufmerksamkeit zu widmen sein.

Wtb Goldrollenfeld. Für die Zeit vom 22. bis 28. September einschließlich beträgt das Goldrollenfeld 3 289 960 900 v. H. (eine Goldrollenmark gleich 35 600 000 Papiermark).

Änderung der Geschäftsbedingungen der Darlehenskassen. Die Hauptverwaltung der Darlehenskassen gibt bekannt: § 3 der Geschäftsbedingungen hat eine neue Fassung erhalten und lautet nunmehr wie folgt: „Das Darlehen kann täglich zurückgezahlt und täglich ohne Kündigungsfrist zurückgefordert werden. Zum Nachweis der Rückforderung genügt die Abendung eines eingeschriebenen Briefes an die letzte Adresse, die der Darlehensnehmer der Darlehenskasse mitgeteilt hat. In Fällen, in denen infolge einer Änderung der Darlehensbedingungen bestehende Darlehen den abgemachten Bestimmungen nicht mehr entsprechen und die Schuldner nicht spätestens vier Wochen nach der Veröffentlichung der Änderung ohne weitere Aufforderung das Darlehensverhältnis mit den neuen Bedingungen in Einklang bringen, bedarf es zur Rückforderung des Darlehens einer besonderen Aufforderung durch die Darlehenskasse.“

Wtb Zu hohe Kosten der Zinszahlung. Die Hauptverwaltung der Staatsschulden und die Reichsschuldenverwaltung sieht sich wegen der Geldentwertung und des außerordentlich gesteigerten Kosten der Uebertragung der Zinsbeträge, sowie ihrer Buchung bei den Banken, Sparkassen usw., und zwar auch im eigenen Interesse der Schuldverpflichteten und in der Annahme ihres Einverständnisses, veranlaßt, vorläufig von weiteren Zinszahlungen für die im Reichsschuldenbuch und früheren preussischen Staatsschuldenbuch eingetragenen Forderungen abzusehen, unbeschadet des Rechtes der Gläubiger auf den Bezug der Zinsen und vorbehaltlich einer späteren eodignitigen Regelung.

Wtb Eine Spross. Goldmarkanleihe der Stadtmeide Danzig. Durch Vermittlung eines unter Führung der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) stehenden Bankenkonsortiums wird in der Zeit vom 24. September bis 1. Oktober eine Spross. Goldmarkanleihe der Stadtgemeinde Danzig zu 98 Proz. unter Zugrundelegung des Dollarkurses zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden. Der Erlös der Anleihe ist für den Ausbau der im Gebiet des Freistaates Danzig gelegenen Wasserkraft, die der Elektrizitätserzeugung nutzbar gemacht werden, bestimmt. Die erforderlichen Bauten sind ausschließlich von in Deutschland ansässigen Firmen auszuführen, so daß der Anleiherlös der deutschen Industrie zugute kommt. Die Einzelheiten der Anleihebegebung werden noch bekanntgemacht.

Eine Bankgründung des bayrischen Einzelhandels. Unter Führung der Arbeitsgemeinschaft des bayrischen Einzelhandels, die 12 Fachverbände umfaßt, ist, wie die „Textil-Woche“ erzählt, gemeinsam mit fünf weiteren bayrischen Landes-, Fach- und Einkaufsverbänden ein neues Bankunternehmen unter dem Namen Verbändebank, A.-G., in München, gegründet worden, das den Zweck hat, die im Einzelhandel investierten und zirkulierenden Gelder zu sammeln und auf dem Boden des engsten fachlichen Zusammenschlusses die produktive wirtschaftliche Arbeit unter besonderer Wahrung des Interesses des organisierten Einzelhandels zu fördern und damit die wirtschaftliche Macht des Einzelhandels zu stärken.

fl Sberka ledowa banka (Wendische Volksbank), A.-G., in Bautzen. Die a. o. G.-V. be-

schloß die Erhöhung des Grundkapitals um 100 auf 200 Millionen Mark. Der Vorstand wurde ermächtigt, die Einzelheiten der Begebung festzusetzen.

\* Französisch-Ungarische Bank. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat sich dort die Französisch-Ungarische Bank, A.-G., mit einem Stammkapital von 1 Milliarde ungarische Kronen konstituiert. Präsident ist der vormalige Ministerpräsident Huszar. Die Mehrheit der Aktien hat die Ungarisch-Amerikanische Bank, A.-G., übernommen.

Amyla, Deutsche Getreidelagerbank, A.-G., in Münster i. Westf., mit 21 Milliarden Kapital, darunter 1 Milliarde Vorragsaktien mit erhöhtem Stimmrecht. Die Bank will vornehmlich die Finanzierung der von den Deutschen Getreideerzeugern zu bewirkenden Rohstoff-einkäufe durchführen.

Schultheiß-Patenholer Brauerei. Die Verwaltung teilt der „Vossischen Zeitung“ mit, daß in dem am 31. August abgeschlossenen Geschäftsjahr der Bierausstoß bei der Gesellschaft nur einen kleinen Rückgang erfahren habe. Auch sei kurzzeit der Absatz rückgängig, doch keineswegs so erheblich, daß die Frage der Betriebsstilllegung erörtert zu werden braucht. Im übrigen hängen die künftigen Absatzverhältnisse vom Grade der Beschäftigung der Industrie ab.

Zuckerfabrik Froelbe, A.-G. Die Gesellschaft erzielte in 1922/23 einen Betriebsergebnis von 1,74 Milliarden (l. V. 15,08 Millionen Mark. Die Zinseinnahmen aus dem landwirtschaftlichen Betriebe betragen 12 Millionen (100 000) Mark. Demgegenüber beanspruchten Handlungsrückstellungen einschließlich Steuern 781,44 (4,84) Millionen Mark. Zinseinnahmen 33,45 Millionen (352 170) Mark, Kursverluste 2,38 Millionen (0) Mark und Abschreibungen 68,95 (1,65) Millionen Mark. Aus einem Reingewinn von 914,78 (8,19) Millionen Mark werden 1500 Proz. Dividende auf 45 Millionen Mark Stammaktien (40 Proz. auf 18,5 Millionen), 6 Proz. auf die Vorragsaktien verteilt, 98 (1,16) Millionen Mark dem Reservefonds II zugeführt, 25 Millionen (200 000) Mark dem Unterstufungs-fonds überwiesen, 7 Millionen Mark für eventuelle Rückzahlung der Vorragsaktien zurückgestellt und 82,47 Millionen (22 488) Mark vorgetragen. Die Gesamtproduktion hat sich etwas gehoben. In der kommenden Kampagne muß man mit einer kleineren Zuckerernte rechnen. In der Bilanz sind Grundstücke, Gebäude, Maschinen auf 1,4 abgeschrieben. An Barbeständen und Bankguthaben werden 11,22 (11,11) Millionen Mark ausgewiesen. Verschiedene Debitoren sind mit 1,96 Milliarden (5,69 Mill.) Mark verbucht, Effektenbestände mit 2,18 Millionen (628 119) Mark, Warenbestände und Betriebsmaterialien mit 2,32 Milliarden (32,79 Millionen) Mark. Auf der Passivseite finden sich dagegen 1,96 Milliarden (24,08 Millionen) Mark an Kreditoren, neben Akzeptverpflichtungen von 388,13 (10,02) Millionen Mark. Das Werkerhaltungskonto ist durch Vorwegnahme auf 755 (5) Millionen Mark erhöht worden.

br Meißener Ofen- und Porzellanfabrik vorm. Karl Telchert. In der a. o. G.-V. wurde beschlossen, das Grundkapital von 18 600 000 Mark auf 40 Millionen Mark zu erhöhen durch Ausgabe von 17 400 000 A. Stammaktien und 4 Millionen Mark Vorragsaktien. Die sämtlichen neuen Aktien werden von der Commerz- und Privatbank, Filiale Dresden, übernommen, und zwar 6 Millionen Mark Stammaktien zu 3 Millionen Prozent, welche den bisherigen Stammaktionären zum gleichen Kurse im Verhältnis von 3 : 1 auszubieten sind, ferner 11 400 000 A. Stammaktien zu 100 Proz. zur Verwertung im Interesse der Gesellschaft unter einer Uebernahmepreis mit 85 Prozent. Die bisherigen Vorragsaktien werden in Stammaktien umgewandelt. Weiterhin ermächtigte die Versammlung die Verwaltung, die Anlagen der Gesellschaft auch unter dem Zeitworte zu veräußern.

Weitere Vertragung der ober-schlesischen Zementindustrie. Für die beantragte Erhöhung des Aktienkapitals bei der Schlesischen A.-G. für Portland-Cement-Fabrikation zu Groschowitz bei Oppeln und der Oppolner Portland-Cement-Fabrikation vorm. F. W. Grundmann schlägt die Verwaltung vor, das Bezugsrecht der Aktionäre auf 1:2 zu beschränken, die restlichen Aktien zur Verfügung zu halten, um eine Annäherung an eine große Zementgruppe (Schmischow-Silesia) zu ermöglichen.

Neue A.-G. in Chemnitz. Wie wir erfahren, ist die seit dem Jahre 1871 in Chemnitz bestehende Eisengroßhandlung L. J. Joachimsthal, mit Niederlassungen in Berlin und Düsseldorf, in eine A.-G. umgewandelt worden. Der 1. Vorstand besteht aus Alfred Joachimsthal, Chemnitz, Richard Singer, Berlin und Justin Reinmann, Düsseldorf, der 1. Aufsichtsrat aus Rechtsanwalt Dr. Weiner, Privatmann L. J. Joachimsthal sen., Fabrikdirektor Künzler (Webstuhlfabr. Schönherr) in Chemnitz, Bankdirektor Dr. Poenagen, Düsseldorf (Schaaffhausen), Bankdirektor Sachs, Berlin (Darmsstädter und Nationalbank) und Direktor Bethke, Gleiwitz (Caro).

ch Elektro-Apparate-Bau-A.-G. in Leipzig (Elb). Das Pauschal zur Abgeltung der Bezugsberechtigten beträgt 8000 Proz. Infolgedessen stellt sich der Bezugspreis für nun 1000 A. junge Aktien auf 5000 Proz. plus Börsenstempel.

Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. H. Broser & Co. in Höchst. Die G.-V. genehmigte die Satzungsänderungen, die sich durch Anschluß an die Buderus-A.-G. notwendig gemacht hatten. Der Aufsichtsrat wurde durch Zuwahl von 4 Herren aus der Buderus-Gesellschaft auf 6 Mitglieder erhöht.

Mag. Maschinenfabrik, A.-G., in Gelsling. Die G.-V. genehmigte die Kapitalerhöhung um 48 Millionen Mark Stamm- und 1,2 Millionen Mark Substanzaktien. Die Fabrik arbeitet nach Mitteilung der Verwaltung noch unverändert und ist mit Aufträgen reichlich versehen.